

**D01** Dringlichkeitsantrag: Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen:  
Paragraph 218 StGB streichen!

Antragsteller\*in: Mareike Engels

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

## Antragstext

1 Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen: Paragraph 218  
2 StGB streichen!

3 Die Bundesregierung hat eine Kommission damit beauftragt Vorschläge für eine  
4 zukünftige rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erarbeiten.  
5 Mitte April hat diese Kommission aus unabhängigen Expert\*innen aus verschiedenen  
6 Fachbereichen die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass  
7 Schwangerschaftsabbrüche in der Frühphase der Schwangerschaft rechtmäßig sein  
8 sollten und für Abbrüche in der mittleren Phase der Schwangerschaft dem  
9 Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zustehe, der einen Regulierungsrahmen  
10 schaffe. Außerdem sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten  
11 Schwangerschaft vorgesehen sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr der  
12 Schwangeren. Durch diesen umfangreichen Bericht der Kommission und diese  
13 einstimmige Empfehlung, liegt es nun an der Politik die nötigen rechtlichen  
14 Schritte einzuleiten.

15 Wir Grüne stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Frauen und allen  
16 gebärfähigen Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchen sowie den  
17 Ärzt\*innen, die Abbrüche durchführen und darüber informieren. Die Streichung des  
18 Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der  
19 Frauenbewegungen und der Bericht zeigt eindrücklich, dass eine Streichung  
20 wichtig für die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und darüber hinaus auch  
21 rechtlich geboten ist. Denn die Regelung ist verfassungsrechtlich,  
22 völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu einer Stigmatisierung  
23 von Schwangeren und Ärzt\*innen und verschlechtert durch den so entstehenden  
24 Druck auf die Ärzt\*innen die Versorgungslage für Betroffene. Als legale  
25 Behandlung können Abtreibungen endlich ins Kurrikulum der  
26 Gynäkolog\*innenausbildung einbezogen werden. Auch würde die Möglichkeit  
27 geschaffen den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten über die  
28 Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die überkommene  
29 Beratungspflicht für Schwangere fallen zu lassen und einen Rechtsanspruch auf  
30 Beratung mit der Pflicht des Staates, ein Angebot vorzuhalten, gesetzlich zu  
31 verankern.

32 Frauenrechte in Gesellschaften sind ein Gradmesser für deren Demokratie. Gerade  
33 jetzt, wo Schwangerschaftsabbrüche in nationalistischen Ländern im Kreuzfeuer  
34 stehen, gerade jetzt, wo die Expert\*innen einer Meinung sind, ist die  
35 Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein dringend gebotenes Zeichen für  
36 Demokratie und Frauenrechte. In den vergangenen Jahrzehnten gab es in der  
37 Bundesrepublik immer wieder eine gesellschaftliche Debatte und im Ergebnis  
38 wünscht sich die Mehrheit der Menschen eine Entkriminalisierung des  
39 Schwangerschaftsabbruchs. Frauen aus der ehemaligen DDR wünschen sich endlich  
40 die reproduktiven Rechte zurück, die sie bereits hatten. Und Frankreich zeigt,  
41 wie es gehen kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren  
42 Schwangerschaftsabbrüchen unlängst in der Verfassung verankert. Auch in

43 Deutschland ist eine alte Forderung der Frauenbewegung und längst überfällig,  
44 Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu legalisieren und für  
45 Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase der Schwangerschaft  
46 eine angemessene Regelung zu finden. Wir haben auf Bundesebene die historische  
47 Chance, mit der SPD und der FDP diese überfällige Reform umzusetzen. Unsere  
48 Koalitionspartner im Bund müssen jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und  
49 die Entkriminalisierung zeitnah mit uns auf den Weg bringen. Wir Grüne  
50 appellieren an FDP-Bundesjustizminister Buschmann, zeitnah einen entsprechenden  
51 Gesetzesentwurf vorzulegen.

52 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit  
53 der liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem  
54 Kommissionsbericht jetzt eine gute Grundlage um endlich zu handeln!

## Begründung

Bericht der Kommission: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/kommission-zur-reproduktiven-selbstbestimmung-und-fortpflanzungsmedizin-legt-abschlussbericht-vor-238414>

Aktuelle Informationen zur Versorgungslage in der ELSA-Studie: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/handlungsfelder/forschungsschwerpunkte/ungewollte-schwangerschaft/elsa>

Zum Thema gesellschaftliche Mehrheiten: Eine aktuelle repräsentative Studie des BMFSFJ zeigt, dass 80 Prozent der Deutschen es für falsch halten, dass ein Schwangerschaftsabbruch nach erfolgter Beratung rechtswidrig ist.

## Unterstützer\*innen

Charlotte Stoffel (KV Hamburg-Altona); Miriam-Elisabeth Bosse (KV Hamburg-Wandsbek); Michael Gwodz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Ruth Brovtchenko (KV Hamburg-Eimsbüttel); Gudrun Schittek (KV Hamburg-Harburg); Benjamin Eschenburg (KV Hamburg-Altona); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Angela Fechner (KV Hamburg-Nord); Lisa Schaumann (KV Hamburg-Wandsbek); Julia Hecker (KV Hamburg-Altona); Lisa Kern (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sandra Goldschmidt (KV Hamburg-Eimsbüttel); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Carl Jannes Neuse (KV Hamburg-Altona); Stephanie Alexandra Faust-Weik-Roßnagel (KV Hamburg-Altona); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Mechthild Weber (KV Hamburg-Wandsbek); Marla Hüttenrauch (KV Hamburg-Mitte); Anke Helberg (KV Hamburg-Harburg); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Sonja Lattwesen (KV Hamburg-Mitte); Pauline Kaminski (KV Hamburg-Nord); Wolfram Evermann (KV Hamburg-Wandsbek); Lena Schwarzer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Bettina Köpp-Mumme (KV Hamburg-Wandsbek); Nicole Zeidler (KV Hamburg-Nord); Andrea Witt-Winkler (KV Hamburg-Wandsbek); Wiebke Christine Jones (KV Hamburg-Wandsbek); Conny Poltersdorf (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Groll (KV Hamburg-Altona); Katja Rosenbohm (KV Hamburg-Wandsbek); Linda Landwehr (KV Hamburg-Wandsbek)